

len Industriezweige zu fördern und den Export von Rohmaterialien, die in der Volksrepublik knapp sind, einzuschränken. Die neuen Zollregeln traten am 11. August 1989 in Kraft.

Bei den kommerziellen Gütern handelt es sich um Kaffee, Sirup für Fruchtsäfte, Staubsauger, elektronische Spiele, Kosmetika und Seife. Die mineralischen Produkte sind Blei und Zink, und zwar sowohl Erze als auch Konzentrate dieser beiden Metalle.

Der Importzoll auf Kaffee wurde von 60% auf 100% erhöht, auf Sirup von 20% auf 70% plus einer Einfuhradjustierungssteuer von 50%. Der Importzoll auf Staubsauger wurde von 80 auf 100% erhöht plus einer Importadjustierungssteuer von 50%; auf elektronische Spiele von 60 auf 100% plus einer Importadjustierungssteuer von 40%.

Die Importzollraten auf Kosmetika und Seife stiegen von 100% auf 120% und von 60% auf 100%. Auf beide Güter wird zusätzlich eine Importadjustierungssteuer von 50% erhoben. Die Exportzölle auf die beiden Metalle betragen 50%. (China Daily, 18.8.1989)

Binnenwirtschaft

*(36)

Rückgang der Privatunternehmen

Nach dem Massaker vom 4. Juni 1989 ist eine deutlich negativere Einstellung zum Privateigentum bzw. zu den Privatunternehmen in der Volksrepublik festzustellen. In einem Artikel in der *Beijing Rundschau* bemüht sich Jin Qi, die Gründe dafür zu erläutern, daß Privatisierung in China nicht gangbar sei. Es folgen einige Auszüge aus diesem Artikel:

"Allem voran ist die wesentliche Tatsache zu erwähnen, daß es sich beim Einschlagen des sozialistischen Weges in China um eine historisch bedingte Wahl und eine Wahl des Volkes handelt ... Alle, die von der 100jährigen Geschichte vor der Gründung der neuen Republik gekostet haben, können ohne weiteres erkennen, daß nicht nur

die Werktätigen unter dem Joch des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus in tiefster und auswegloser Armut klagten, sondern daß auch die Existenz und die Weiterentwicklung der nationalen Bourgeoisie unterdrückt und eingeschränkt wurden. Deshalb kann man präziser feststellen, daß das chinesische Volk von der brutalen Geschichte zum Sozialismus gezwungen wurde.

Dann läßt sich die Tatsache nicht von der Hand weisen, daß China beim sozialistischen Aufbau trotz vieler Fehlschläge und Rückschläge, insgesamt gesehen, mit keiner Parallele in der Geschichte zu vergleichende Erfolge erzielt hat.

Sollten wir das Gemeineigentum als Wirtschaftsbasis aufgeben und die Privatisierung durchsetzen, würde es unvermeidlich zu einer schwerwiegenden Polarisierung kommen. Eine extreme Minderheit könnte zu Millionären, ja sogar Milliardenären werden, während die überwiegende Mehrheit der Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert sein würde. Ein landesweiter Aufruhr könnte erfolgen und die selbständige internationale Stellung verlorengehen. Nicht auszuschließen ist die Möglichkeit, daß China wiederum von ausländischen Aggressionskräften herummkommandiert, zergliedert und aufgeteilt würde. Man ist sich darüber im klaren, wenn man sich die chinesische Geschichte der Neuzeit bewußt macht.

Schließlich zu bemerken ist, daß die volkseigenen Betriebe durch die Reformierung der Wirtschaftsstruktur in den letzten zehn Jahren an Vitalität gewonnen haben. Es gibt keinen Grund, vom Scheitern zu sprechen. In letzter Zeit zeigten Massenmedien in China, beeinflusst von der Strömung der bürgerlichen Liberalisierung, wenig Interesse dafür, über volkseigene Betriebe zu berichten, und einige werteten sie sogar ab. Man gewann den Eindruck, als ob die staatseigenen Betriebe unbedingt mit niedriger Produktivität zu tun hätten und nicht zu retten seien ...

Bis Ende 1987 gab es in China 1,2 Mio. industrielle Betriebe, darunter 9.865 große und mittelgroße staatseigene Betriebe (0,8%), 1,18 Mio. kollektiveigene Betriebe (99,2%), davon 1 Mio. gemeindeeigene industrielle Betriebe (80%). Aus den folgenden in staatli-

chen Statistiken niedergelegten Indizes für wirtschaftliche Ergebnisse im Jahre 1987 läßt sich ersehen, daß staatseigene Schlüsselbetriebe im großen und ganzen den Betrieben anderer Art überlegen sind:

Das Verlustausmaß betrug bei den großen Betrieben 10%, bei mittelgroßen 8,7%, bei kleinen 14,5%, bei gemeindeeigenen 15,3%. Der Prozentsatz der Verluste bei ihnen lag jeweils um 5%, 7,1%, 10,2% und 14,9%.

Der Materialverbrauch zur Schaffung von je 100 Yuan industriellem Produktionswert betrug bei großen Betrieben 63,6%, bei mittelgroßen 70,4%, bei kleinen 72,8% und bei gemeindeeigenen 71,8%.

Von den realisierten Gewinnen in der ganzen Industrie lag der Anteil von großen und mittelgroßen Betrieben bei 64,7%, der von kleinen (einschließlich gemeindeeigenen) bei 35,3%. Unter der Gesamtsumme aller dem Staat abgeführten Gewinne in Form von Steuern machen die Beiträge von großen und mittelgroßen Betrieben 69% aus, die von kleinen (einschließlich gemeindeeigener) 31%. In großen Betrieben kann ein Arbeiter einen 3,8fachen größeren Gewinn als einer in kleinen Betrieben, einen 6,9fachen größeren als einer in gemeindeeigenen Betrieben einbringen.

In der durchschnittlichen Produktivität der ganzen Belegschaft waren große Betriebe kleinen um 87,3% überlegen, gemeindeeigenen um 154%, mittelgroße Betriebe kleinen und gemeindeeigenen Betrieben jeweils um 54,2% und 110%.

Mit dem Bruttoproduktionswert pro Person sind große Betriebe kleinen und gemeindeeigenen jeweils um 160% und 270% überlegen, mittelgroße Betriebe kleinen und gemeindeeigenen jeweils um 71,1% und 140%.

Unter großen Schlüsselbetrieben haben Modellbetriebe, wie das Eisen- und Stahlkombinat Hauptstadt, in den vergangenen zehn Jahren der Reform an Schwung gewonnen und jedes Jahr 20% mehr Gewinn in Form von Steuern an den Staat abführen können. Auf Initiative der chinesischen Führung wird ab 21. September in Beijing eine Ausstellung stattfinden, in der die von großen und mittelgroßen Betrieben mittels der Reform erzielten Errungenschaften zur Schau gestellt werden.

In diesem Artikel ist keine Rede von der Einzelwirtschaft und der privaten Wirtschaft, die in den letzten zehn Jahren eine rapide Entwicklung erfahren haben, weil sie bisher einen geringen Anteil der Volkswirtschaft bilden. Als nützliche Ergänzung für die volkseigene und kollektive Wirtschaft werden sie sich in einem gewissen Rahmen weiterentwickeln. Aber im Mittelpunkt der Reform der sozialistischen Wirtschaft steht die Belebung der volkseigenen Betriebe, insbesondere der Schlüsselbetriebe. Die Reform ist nicht darauf gerichtet, das sozialistische Wesen dieser Betriebe zu ändern, sondern setzt sich zum Ziel, das verknöcherte Verwaltungssystem und die verknöcherten Verwaltungsmethoden über Bord zu werfen. Die Nachrichten in dieser Hinsicht sind erfreulich."

Am 21. Juli erschien in der *Arbeiterzeitung* ein Artikel von Jiang Huai mit der Überschrift "Privatisierung ist kein Ausweg für China". Der Autor erklärt in diesem Artikel, daß der Ruf nach Privatisierung sehr modisch geworden sei. Er zitiert Fang Lizhis Ansichten über die Überlegenheit des Privateigentums und die Tatsache, daß der sog. "Thinktank" diese Ansichten publiziert habe und daß einige aus der sog. Elite für die Unterstützung dieser Ansichten gearbeitet hätten.

Jiang Huai erklärt, daß die Privatisierung nur eine ausgezeichnete Gelegenheit für einige Menschen darstelle, offen private Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu erreichen; dies würde zu einer bürokratischen kapitalistischen Wirtschaft führen. Dies sei der Weg, welchen Entwicklungsländer einschlugen, Indien wird als Beispiel zitiert. Weiter wird ausgeführt, daß sogar in entwickelten Ländern, wie beispielsweise in Großbritannien und Frankreich, nicht alle Unternehmen privatisiert seien und daß die Regierung immer noch einen beträchtlichen Umfang an Vermögenswerten im Besitz hielte. In anderen Ländern sei eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen weder gänzlich staatseigen noch privateigen und die Vermögenswerte einer beträchtlichen Anzahl von Betrieben gehörten "zivilen Organisationen", die jedoch öffentliche Interessen vertreten. China versuche, den Sozialismus mit chinesischen Charakteristika aufzubauen. Die Reformen des Landes sollten sich in Richtung einer gemischten Wirtschaft entwickeln, die

durch das öffentliche Eigentum dominiert werde, so daß es einen staats-eigenen Sektor, einen kollektiven Sektor, einen kooperativen Sektor sowie einen individuellen und einen privaten Sektor geben würde.

Am 28. Juli erschien in der *Guangming Ribao* ein Artikel von Fu Jin mit der Überschrift "Über die gegen das Volk gerichtete Natur einer 'Erklärung über privates Eigentum'". In diesem Artikel hieß es, daß in den letzten Jahren Artikel und längere Erklärungen das Privateigentum befürwortet hätten. Politisch sei Pluralismus gegen die Führerschaft durch die Partei gefördert worden, während ökonomisch das private Eigentum in dem Versuch befürwortet worden sei, das sozialistische System von den Wurzeln her zu negieren.

Im Laufe der "Unruhen" sei am Institut für Aeronautik und Astronautik in Beijing eine Wandzeitung angeschlagen worden mit dem Titel "Chinas Hoffnung - eine Erklärung des Privateigentums". Diese Wandzeitung hätte das sozialistische Gemeineigentum angegriffen. Weiter heißt es in diesem Artikel, daß Privateigentum nichts Neues für das chinesische Volk sei. Die "Gesellschaft des Privateigentums", die 4.000 Jahre bis zum Jahre 1949 dauerte, war eine, in der die Menschen von Menschen gefressen wurden. Privateigentum sei der Himmel für die Reichen, aber die Hölle für die Armen. In den Vereinigten Staaten von Amerika gebe es mehr als 20 Mio. Arbeiter, die unterhalb der offiziellen Armutslinie existierten.

In der *Bauernzeitung* hieß es, daß es Ende Juni 1989 in China 12,34 Mio. Privatbetriebe gegeben habe, dies sei ein Rückgang von 2,19 Mio. oder 15% gegenüber dem Ende des Jahres 1988. Die Anzahl der in solchen Betrieben beschäftigten Menschen fiel um 3,57 Mio. oder 15,5% auf 19,43 Mio. 70% der privaten Geschäftsleute seien Bauern.

Trotz des scharfen Rückgangs der Anzahl der in Privatunternehmen Beschäftigten seien Regierungsbeamte der Meinung, daß der private Sektor noch für eine lange Zeit überleben werde - als eine Ergänzung zur nationalen Wirtschaft.

Experten wiesen darauf hin, daß, da der Produktionswert des privaten Sektors weniger als 1% von Chinas gesam-

tem industriellen Produktionswert betrage, die Existenz und die Entwicklung des privaten Sektors nicht die sozialistische Natur Chinas ändere.

Es sei jedoch nötig, daß der Staat die gleiche Makrokontrolle über den privaten Sektor ausübe wie über den staatseigenen Sektor. Eine der Maßnahmen für die Verstärkung wirtschaftlicher Makrokontrollen liege darin, die Besteuerung der Individualbetriebe zu verstärken, weil die Steuerhinterziehung bei ihnen weitverbreitet sei. Der Staat würde, entsprechend von Schätzungen der zuständigen Regierungsabteilungen, zusätzliche 25 Mrd. Yuan einnehmen, falls die Schlupflöcher verstopft würden.

Ökonomen hätten darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten, denen sich der private Sektor nun gegenüberstehe, zeitweilig seien. Man erwarte, daß Privatunternehmen eine größere Rolle in der Volkswirtschaft spielen, wenn sich das wirtschaftliche Umfeld verbessere. (BRu, Nr.36, 5.9.89, S.4f.; Gongren Ribao, 21.7.89; GMRB, 28.7.89; AWSJ, 7.8.89; China Daily, 14.8.89) -lou-

*(37)

Fünf große Unternehmen wegen Steuerhinterziehung bestraft

Chinas Führung hat fünf seiner erfolgreichsten Unternehmen, die im Zuge der Wirtschaftsreform aufgeblüht sind, mit Strafen belegt. Die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) und vier andere staatliche Unternehmen müssen Bußgelder von insgesamt mehr als 51 Mio. Yuan für Steuerhinterziehung und illegale Geschäftspraktiken bezahlen. Diese - nach chinesischen Maßstäben - sehr großen Bußgelder wurden nach einer zehn Monate dauernden Untersuchung festgesetzt.

Das höchste Bußgeld, 19,2 Mio. Yuan, wurde der Everbright Corp. auferlegt, einer großen Handels- und Investitionsgesellschaft in Hongkong. Everbright wird geleitet durch Wang Guangying, einen früheren Kapitalisten und Schwager von Chinas früherem Ministerpräsidenten Liu Shaoqi, der in der Kulturrevolution gestorben war.

CITIC, der chinesische transnationale Konzern mit großen Interessen im Handel, im Bankwesen sowie im Inve-

stitionsbereich in China, Hongkong sowie in der ganzen Welt, muß nahezu 19 Mio. Yuan zahlen.

Kanghua, im Jahre 1988 gegründet und über steuerfreie Zahlungen an Chinas Wohlfahrtsfonds für die Behinderten, der von Deng Xiaopings behinderten Sohn Pufang geleitet wird, bekannt geworden, muß 12 Mio. Yuan zahlen. Es wird angenommen, daß dieses Unternehmen seine Verbindungen zur Familie Deng ausgenutzt habe.

Zwei kleinere Unternehmen, die China Industry Commerce and Economy Development Corp. und die China Rural Trust and Investment, erhielten kleinere Bußgeldauflagen. Ca. drei Fünftel der gesamten Bußgelder seien bereits gezahlt worden.

CITIC, Everbright und China Industry wurden für schuldig befunden, illegale Devisentransaktionen durchgeführt und Steuern hinterzogen zu haben. Das Unternehmen Kanghua, das aufgelöst werden soll (die Verbindung zur Familie Deng wird als zu peinlich empfunden), war schuldig befunden worden, gegen Devisenregelungen verstoßen zu haben sowie Gewinnmacherei und Steuerhinterziehung betrieben zu haben. China Rural Trust soll illegal Krediteinlagen der Regierung und militärischer Einheiten genutzt haben sowie Geld verliehen haben.

Westliche Diplomaten bestätigten, daß die Fälle CITIC und Everbright politisch signifikant sein könnten. Man könne es sich nicht leisten, CITIC aufzulösen, und zwar wegen der Auswirkungen auf die Politik der offenen Tür. Doch dies könne ein erster Schritt sein, einen Fall gegen das Unternehmen aufzubauen. (FT, 17.8.89) -lou-

*(38)

Steigende Rohstoffkosten führen zu Verlusten

Viele Produktionsunternehmen geraten durch schnell ansteigende Rohstoffkosten in eine schwierige Lage. Das Beispiel der Shanghaier Zahnpastafabrik dürfte repräsentativ für viele ähnliche Unternehmen in der Volksrepublik sein. Es folgen einige Daten über die entsprechende Entwicklung in dem Shanghaier Unternehmen.

Die Shanghaier Zahnpastafabrik produzierte einst ein Drittel aller Zahnpasta, die in der Volksrepublik hergestellt wurde. Für das Jahr 1989 erwartet das Unternehmen einen Verlust von 33 Mio. Yuan. Das Unternehmen kann 470 Mio. Tuben Zahnpasta jährlich produzieren. Es setzt seine Produkte in 30 Ländern und in ganz China ab. Noch im Jahre 1988 betrug der Gewinn vor Steuern 55,7 Mio. Yuan. Das Unternehmen wird als eines der fortschrittlichsten im ganzen Lande angesehen.

Der Grund für den erwarteten Verlust ist im wesentlichen die Inflation. Die Kosten für Rohmaterialien haben in einem solchen Umfange zugenommen, daß die Preiserhöhungen nicht mit den Kosten Schritt halten können. Der Preis der Zahnpasta wird kontrolliert, und eine Erhöhung dieses Preises muß vom städtischen Preisbüro Shanghai genehmigt werden.

Im Jahre 1988 betrug der Preis für Menthol 85.000 Yuan pro Tonne, im Jahre 1989 stieg der Preis auf 160.000 Yuan. Der Preis für Aluminiumblech stieg von 12.000 Yuan auf 18.000 Yuan. Nur ein Rohmaterial, das Öl aus der grünen Minze, wurde billiger.

Der Anstieg der Rohmaterialpreise ließ die Produktionskosten um 46,77 Mio. Yuan ansteigen. Dies - zusammen mit den steigenden Kosten des Exports - ist verantwortlich für den erwarteten Verlust.

Wie der Manager des Unternehmens mitteilte, sei der Verkaufspreis der Markenzahnpasta in Shanghai nicht angepaßt worden, und zwar weder in China noch im Ausland. Zwar wurde im Jahre 1988 der Preis in Shanghai mit Genehmigung des städtischen Preisbüros angepaßt. Doch die immer noch steigenden Kosten für Rohmaterialien haben die Preisanpassung aufgezehrt.

Die Stadtregierung behält sich vor, die Produktion der Zahnpasta zu überwachen. Das Unternehmen kann den Preis der Produkte ohne Genehmigung nicht verändern. Dies bedeutet, daß je mehr produziert wird, desto größer die Verluste sind.

Der Preis einiger Zahnpastamarken, die in anderen Teilen des Landes produziert werden, ist höher als die Mar-

kenzahnpasta aus Shanghai. Für in anderen Provinzen hergestellte Zahnpasta wurde der Preis im Jahre 1988 zweimal angepaßt. Der Preis einer Zahnpasta aus der Provinz Guangxi ist 46% höher als die Markenzahnpasta in Shanghai. Der Preis einer in Guangzhou hergestellten Zahnpasta ist 63% höher als die Shanghaier Zahnpasta.

Der Manager des Shanghaier Unternehmens beklagt, daß 80% der Produkte in andere Teile des Landes verschickt würden, während nur 20% der Produktion auf dem Shanghaier Markt abgesetzt werden könnten. Das Unternehmen hat jedoch seine Rohmaterialien zu erhöhten Preisen in anderen Teilen des Landes zu kaufen, muß aber seine preiskontrollierten Produkte in diese Gegenden liefern, in denen es Rohmaterialien angekauft hat. (China Daily, 20.8.89) -lou-

*(39)

Unternehmenszusammenschlüsse nicht erfolgreich

Die Mehrheit der Unternehmensgruppen, eine neue Form der wirtschaftlichen Organisation, haben nicht die von ihnen erwartete Rolle gespielt, die darin bestehen sollte, Mittel und Ressourcen zusammenzuführen, um neue Produkte zu entwickeln, die Produktion auszuweiten und die Wirtschaft in der Shanghaier Wirtschaftszone zu verbessern.

Zirka 800 Unternehmensgruppen sind nun in der Wirtschaftszone von Shanghai tätig, die die Provinzen Jiangsu, Zhejiang, Fujian, Jiangxi und Anhui sowie die Stadt Shanghai selbst umfaßt. Dieses Gebiet produziert 40% der nationalen Produktion.

Die meisten dieser Unternehmensstrukturen werden als bloße Formalitäten bezeichnet. Z.B. hat die Hangzhou-Xihu-Elektronikgruppe 97 Mitglieder in 11 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten. Mit einem Anlagevermögen von 600 Mio. Yuan und 54.000 Angestellten produzieren die Mitgliedsfirmen jährlich Güter im Werte von 2,3 Mrd. Yuan. Die Gewinne vor Steuern betragen 400 Mio. Yuan. Die Gruppe verfügt jedoch nur über ein registriertes Kapital von 1 Mio. Yuan.

Eine Untersuchung, die in 14 anderen Unternehmensgruppen in Hangzhou durchgeführt wurde, brachte zutage, daß die Verhältnisse dort ähnlich sind.

Chinesische Ökonomen nehmen an, daß das traditionelle Eigentum, die Rechtsbeziehungen sowie die Finanzkanäle die Unternehmen daran hindern, die Ressourcen umzuformen und die Produktionskräfte zu optimieren.

Andererseits seien einige Mitgliedsfirmen von Unternehmensgruppen nur daran interessiert, kurzfristige Gewinne zu erzielen; langfristige Entwicklungsziele würden hingegen nicht berücksichtigt. (China Daily, 20.8.89) -lou-

*(40)

Chinesische Papierindustrie rückständig

Die Papierindustrie der VR China sieht sich zahlreichen Problemen ausgesetzt. Die durchschnittliche Branchenproduktivität ist gering, die Qualität der Erzeugnisse niedrig. Es mangelt an zusehends teurer werdenden Rohstoffen und wichtigen Chemikalien. Das herrschende inflexible Preissystem behindert die Weitergabe von Kostensteigerungen an die Abnehmerseite und wirkt produktionshemmend.

Versorgungsengpässe bei elektrischer Energie und Kohle werden durch wenig sparsame und veraltete Fertigungsverfahren noch verschärft. Die Betriebsstruktur erschwert die Ausstattung mit leistungsfähigeren Ausrüstungen. Kennzeichnend für den niedrigen Standard der meisten chinesischen Papierunternehmen ist eine mittlere Erzeugung von jährlich rd. 12 t pro Beschäftigtem. Die Bundesrepublik Deutschland z.B. wies demgegenüber 1988 eine Durchschnittsproduktion je Mitarbeiter von 219 t auf.

Seit Jahren bestehende Nachfrageüberhänge und eine marktferne Produktions- und Absatzmentalität haben das Angebot an qualitativ hochwertiger Ware eher zur Ausnahme werden lassen. Den Papieren mangelt es oft an Reißfestigkeit, Homogenität und entsprechendem Weißegrad.

Zu dem vergleichsweise hohen Verbrauch an Energie, Rohmaterialien, Natronlauge und Flüssigchlorin tragen

vor allem viele kleine, mit technisch veralteten Methoden arbeitende Zellstoff- und Papierfabriken bei. Es gibt in China rd. 1.600 Papierwerke (Kreisebene und höher) mit einem Produktionspotential von insgesamt ca. 3 Mio.t jährlich. Etwa 43% der Kapazitäten entfallen auf 189 größere Firmen mit einer Ausbringung von mindestens 10.000 Jahrestonnen. Mitte 1987 waren in den Papierbetrieben 6.000 Papiermaschinen installiert. In den kommenden Jahren sollen nur wenige neue Werke aufgebaut werden; der Schwerpunkt wird auf der Erneuerung und dem Ausbau bestehender Produktionsstätten liegen.

Die landesweit über 9.000 Pulpehersteller belasten die Umwelt sehr. Ihnen wird der Ausstoß von 80-90% aller aus der Papierindustrie stammenden Schadstoffe angelastet. Die meisten Werke sind noch nicht zur ausreichenden Wiederverwertung chemischer Rückstände und zur Beseitigung der Schadstoffe in der Lage. In Zukunft sollen vermehrt chlorfreie oder Niedrigchlorverfahren zum Einsatz kommen und Rückhaltanlagen eingebaut werden.

Die Kapazität Getreidehalme verarbeitender Zellstofffabriken liegt im allgemeinen zwischen 4.000 und 15.000 Jahrestonnen. Wo vorwiegend Schilf und Bambus benutzt werden, betragen die Kapazitäten 20.000 bis 100.000 t jährlich. Per 1987 gab es im Pulpesektor 4.717 Kocheranlagen für Holzschliff.

Den Ministerien für die Leichtindustrie bzw. Maschinenbau und Elektronik unterstehende Betriebe erzeugten 1987 84.374 t Maschinen für die Papier- und Zellstofffertigung. Das Leichtindustrieministerium produzierte u.a. 331 Kocher und 1.434 Stofflöser. China bezog 1988 Papierherstellungsmaschinen für 73,3 Mio.US\$ aus dem Ausland. Die Ausfuhren sind minimal. Die technische Zusammenarbeit mit einschlägigen ausländischen Herstellern soll zwecks rascherer Entwicklung des Industriezweigs weitergeführt werden. Reine Liefergeschäfte seien soweit als möglich auf Kernkomponenten zu beschränken, hieß es. In der Pulpefabrikation benötigt man u.a. energieeffiziente Kessel, Kocher, Wasch-, Reinigungs-, Sortiereinrichtungen und Aufschlußmaschinen. Für die Papierherstellung sollen Installationen mit einer Arbeitsgeschwindigkeit zwischen 100 und 600 m/min. entwickelt werden.

Jährlich werden ca. 8 Mio.c³ Holz, u.a. koreanische Pinie, Pappeln, Birken, Schierlingstannen und Fichten, für die Erzeugung von rd. 20% der in der Papierproduktion verwendeten Pulpe verarbeitet. Chinas Waldareale machen nur knapp 13% der 9,6 Mio.qkm großen Landesfläche aus. Experten fordern zur langfristigen Versorgungssicherung den Aufbau von Rohmaterialschwerpunktgebieten, die Anpflanzung schnell wachsender Hölzer sowie die Integration von Forstwirtschaft und Papierindustrie.

Wichtige Nischholz-Rohmaterialien sind u.a. Bagasse, Preßrückstände aus der Rohrzuckergewinnung (Erzeugung 1987: 256.000 t), Weizen-, Sorghum-, Baumwoll- und andere Getreidehalme (4 Mio.t), Bambus (72.000 t), wilde Pflanzen (250.000 t), Schilf und Silbergras. Für diese Stoffe werden mehrere Lösevarianten (z.B. Sulfid- und Sulfatverfahren) nebeneinander genutzt. Sonstige Abfallmaterialien (Altpapier, Hadern) kommen nach Ansicht von Branchenfachleuten noch zu wenig zur Geltung (1987: 541.000 t). So beträgt der Anteil mit Altpapier erzeugten Zellstoffs in China erst ca. 18%, in zahlreichen anderen Ländern soll er schon bei mehr als 40% liegen. (NfA, 30.8.89) -lou-

*(41)

Bau von Anlagen zur Entsorgung radioaktiven Materials

In allen chinesischen Provinzen, außer Hainan und der Autonomen Region Tibet, sollen Anlagen zur Entsorgung radioaktiven Materials gebaut werden. Diese Einrichtungen, die Ende 1990 fertiggestellt sein sollen, sollen dazu beitragen, das Entweichen radioaktiven Abfalls zu kontrollieren, der von ca. 1.000 Industrie- und Forschungsunternehmen im ganzen Lande produziert wird. Dies teilte Luo Guozhen, ein Kader des staatlichen Umweltschutzamtes, mit.

Zwischen 1980 und 1985 seien mehr als 1.200 Menschen in der Volksrepublik durch Radioaktivität zu Schaden gekommen. Jedoch seien nicht mehr als 20 Menschen dadurch gestorben.

In 12 regierungsunmittelbaren Städten, Provinzen bzw. Autonomen Regionen seien bereits Anlagen zur Entsorgung radioaktiven Materials gebaut worden.

Luo erklärte, das Entweichen von Radioaktivität in den letzten Jahren hätte verhindert werden können, falls strikte Maßnahmen über die Behandlung radioaktiver Substanzen ergriffen worden wären. Die Unfälle wurden durch Manager herbeigeführt, die die Regeln über die Behandlung radioaktiver Materialien nicht beachtet hätten. Auch hätte die Unkenntnis der Menschen in diesem Bereich zu den Unfällen geführt.

Kürzlich sei über das Entweichen von Radioaktivität in der elektronischen Textilausrüstungsfabrik Nantong, Provinz Jiangsu, berichtet worden. Am 26. Dezember 1988 wurde ein Bleibehälter für Kobalt 60 als vermisst gemeldet. Ein Zimmermann in der Fabrik hatte den Behälter gestohlen und ihn verkauft, nachdem das radioaktive Material entfernt worden war. Bislang wurden aus dieser Fabrik keine Todesfälle oder Verletzungen gemeldet. (China Daily, 5.8.89) -lou-

*(42)

Probleme der Flußverschmutzung

Wie die *Arbeiterzeitung* am 8. August 1989 berichtete, würde Chinas größter Fluß, der Yangzi, von Tag zu Tag schmutziger, und zwar wegen des rapiden industriellen Wachstums entlang seiner Ufer. In der Entwässerungszone des Yangzi gebe es 50 Städte und 670 Kleinstädte. Hunderttausende von Fabriken in diesen Städten entließen jährlich 12,7 Mrd. m³ Abwasser. Von diesen Abwässern seien 10 Mrd. m³ industrielle Abwässer und 2,7 Mrd. m³ Abwässer aus privaten Haushalten.

Nahezu 80% der industriellen Abwässer würden ohne Behandlung abgelassen. Experten schätzen, daß der Umfang solcher Verschmutzungsmedien, wie beispielsweise Quecksilber, Hydride und Sulfide, 9.000 t erreiche. Zusätzlich würden Schiffe, die den Fluß befahren, jedes Jahr insgesamt 140.000 m³ Wasser entlassen, das Öl enthält. Als Ergebnis dieser Zustände verschlechterte sich die Wasserqualität, und die Anzahl der Fische und Schalentiere im Fluß habe abgenommen.

Chinesische Experten haben dazu aufgerufen, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um den Fluß vor weiterer Verschmutzung zu bewahren. Eine Kam-

pagne soll dazu beitragen, den Menschen die Wichtigkeit des Umweltschutzes nahezubringen.

Für den Huangpu-Fluß, der in Shanghai in den Yangzi mündet, hat Shanghais Bürgermeister, Zhu Rongji, ein Gesetz für die 12 wichtigsten Verschmutzer erlassen. Anfang August traf der Bürgermeister alle 12 Direktoren der Unternehmen in der Chemiefabrik Wujin. Dort erklärte er ihnen, daß er bis zum Ende des nächsten Jahres Ergebnisse sehen wolle.

Bis zu diesem Zeitpunkt soll das Volumen der Abwässer der 12 Unternehmen um 60% zurückgehen. Dies erklärte ein für den Umweltschutz verantwortlicher Kader der städtischen Wirtschaftskommission.

Gegenwärtig machten die Abwässer dieser 12 Unternehmen 85% der gesamten Abwässer am Oberlauf des Huangpu aus, der die wichtigste Trinkwasserquelle Shanghais ist. Am Oberlauf dieses Flusses gibt es mehrere hundert Fabriken, die den Fluß verschmutzen.

Es habe Berichte gegeben, daß das Trinkwasser in der Stadt einen hohen Anteil von Kolibakterien enthalte. Wirklich schädlich für die Gesundheit der Bürger seien jedoch Chemikalien, wie beispielsweise Phenol und Cyanogen.

Die meisten der Finanzmittel, die für die Behandlung der Verschmutzung benötigt werden, stammen von Bankkrediten, die die Wirtschaftskommission den Unternehmen verschafft. Nur ein geringer Anteil kommt von den Verschmutzern selbst.

Bürgermeister Zhu nannte den Huangpu die Mutter von Shanghai. Doch er erklärte auch, daß der Fluß Kopfzerbrechen bereite, und zwar wegen der Knappheit an Mitteln, die verhindere, daß ein Pipeline-System gebaut wird, um das Trinkwasser für die Stadt aus jenen Bereichen des Flusses heranzuführen, die oberhalb der Verschmutzungszone liegen. Die für dieses Projekt benötigten Mittel, die auf ca. 900 Mio. Yuan geschätzt werden, sind schwer aufzubringen, insbesondere in der jetzigen Situation, in der der Staat den Investbau reduziert.

Bürgermeister Zhu erklärte, daß die Stadt keine Projekte mehr genehmigen würde, die die Verschmutzung erhöhen würden. Der Bau bereits genehmigter ähnlicher Projekte sollte gestoppt werden.

Gegenwärtig werden 4,5 Mio. t Trinkwasser und über 5 Mio. industrielles Brauchwasser jeden Tag aus dem Huangpu bezogen.

Im Jahre 1985 verabschiedete der städtische Volkskongreß von Shanghai eine Verordnung über den Schutz des Wassers am Oberlauf des Huangpu. Damals wurden auch sogenannte Abwässerlizenzen an die Unternehmen vergeben. Viele Unternehmen lassen jedoch immer noch unbehandeltes Wasser in den Fluß ab, obgleich sie mit Strafen belegt worden sind. (Gongren Ribao, 8.8.89, zit. nach XNA, 9.8.89; China Daily, 13.8.89) -lou-

*(43)

Staatsfarmen sollen modernisiert werden

Die Staatsfarmen bilden einen wichtigen Faktor in der chinesischen Landwirtschaft. Sie bemühen sich nun, ihren Maschinenpark zu modernisieren. Obgleich sie 90% des Rohgummis des Landes, 85% der Milch, die in großen und mittelgroßen Städten angeboten wird, und 40% der Sojabohnen für den Export produzieren, haben diese Farmen immer noch Schwierigkeiten, neue Maschinen zu kaufen.

Während die individuellen Bauernbetriebe frei sind, die Produkte zu wählen, die das meiste einbringen, müssen die staatlichen Farmen das produzieren, was am dringendsten im Lande benötigt wird.

Die meisten der Maschinen dieser Staatsfarmen wurden in den 1950er oder 1960er Jahren produziert. Einige von ihnen wurden importiert, andere stammen aus der einheimischen Produktion. Um alle diese Maschinen zu modernisieren, werden 3 Mrd. Yuan benötigt. Der einzig mögliche Weg dafür besteht darin, einerseits Geld von der Regierung zu leihen und andererseits Eigenmittel zu verwenden. Wie ein Kader des Amtes für die Staatsfarmen im Ministerium für die Landwirtschaft forderte, sollten die individuell wirtschaftenden Bauernhaushalte ebenso Geld beisteuern.

Das Land verfügt nun über 2.000 Farmen, die im Besitz der Regierung sind; sie bewirtschaften 4,36 Mio. ha Farmland. Beispielsweise verfügt die Staatsfarm von Heilongjiang, eine der fünf größten Staatsfarmen, über 1,93 Mio. ha Land; sie produziert Weizen und Sojabohnen.

Die Staatsfarm Xinjiang verfügt über 920.000 ha Land. Die anderen großen Staatsfarmen sind in den Provinzen Guangdong, Hainan und Yunnan.

Wie der genannte Kader mitteilte, würden die bäuerlichen Kleinbetriebe nun ihre kleinen Parzellen intensiv bewirtschaften - das sei etwas anderes als die großräumige Landwirtschaft, die Maschinen einsetzt.

Das Vertragssystem ist auch von den Staatsfarmen angenommen worden. Parzellen werden an individuelle Farmarbeiter vergeben, die dort nach Vertrag arbeiten. Staatsfarmen haben aber immer noch mehr Maschinen als die individuellen Bauern; sie nutzen auch modernere Technologie.

Obleich die Regierung immer noch die großräumige Bewirtschaftung ermutigt, müsse die Zusammenfügung von vielen kleinen Parzellen zu großen Arealen von selbst kommen. Gegenwärtig werden die konzentrierten Anstrengungen der individuellen Bauern auf ihren kleinen Parzellen als die effizientesten angesehen. (China Daily, 17.8.1989) -lou-

Taiwan

*(44)

Wirtschaft in Kürze

Pro-Kopf-BSP weltweit an 25. Stelle

Nach Voraussagen des Amtes für Statistik und Budget wird Taiwan gemessen am Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt (BSP) in diesem Jahr Puerto Rico, die Tschechoslowakei, Saudi-Arabien, Spanien und die DDR überholen und damit weltweit vom 30. Platz im letzten Jahr auf den 25. klettern. Im Vergleich zu den anderen "kleinen asiatischen Drachen" lag Taiwan 1988 mit einem Pro-Kopf-BSP von 6.053 US\$ hinter

Hongkong mit 9.605 US\$, Singapur mit 8.782 US\$, aber vor Südkorea mit 4.040 US\$. (LHB, 1.8.89; FCJ, 7.8.89) Für dieses Jahr soll das Pro-Kopf-BSP nach der jüngsten Schätzung des statistischen Amtes vom 13. August auf 7.571 US\$ steigen. Das gesamte BSP wird für dieses Jahr auf 3.963 Mrd. NT\$ (umgerechnet 151,4 Mrd. US\$) geschätzt, 7,16% höher als im letzten Jahr. Im ersten Halbjahr 1989 hatte das BSP eine Zuwachsrate von 6,68% zu verzeichnen. Für das 3. und 4. Quartal erwartet das statistische Amt eine Wachstumsrate von 7,26% bzw. 7,7%. Für das erste Halbjahr 1990 wird eine weitere BSP-Zuwachsrate von 7,16% vorausgesagt - im 1. Quartal 7,02% und im 2. Quartal 7,29%. (ZYRB, 25.8.89)

Außenhandel

Der Exportwert betrug im Juli 6,39 Mrd. US\$ und der Import 4,63 Mrd. US\$, jeweils eine Steigerung von 22,3% und 5,1% gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Exportüberschuß ist somit drastisch um 114,9% auf 1,76 Mrd. US\$ gestiegen. Sowohl der Export als auch der Exportüberschuß waren neue Monatsrekorde. In den ersten sieben Monaten d.J. exportierte Taiwan Waren im Wert von insgesamt 38,51 Mrd. US\$ (+11,8% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres), importierte Waren im Wert von 30,56 Mrd. US\$ (+5,1%) und hatte einen Überschuß von 7,95 Mrd. US\$ (+48,1%) zu verzeichnen. (ZYRB, 7.8.89; LHB, 6.8.89) Für das ganze Jahr wird ein Exportüberschuß von 11,8 Mrd. US\$ erwartet, 12% oder 1,7 Mrd. US\$ niedriger als im letzten Jahr. (ZYRB, 25.8.89) Ferner rechnet das Komitee für Wirtschaftsaufbau und Entwicklung damit, daß Taiwan in diesem Jahr im Außenhandel Südkorea überrunden und weltweit die 12. Stelle einnehmen wird. Das Gesamthandelsvolumen Taiwans in den ersten sieben Monaten betrug 69,07 Mrd. US\$, das von Südkorea 66,3 Mrd. US\$. (FCJ, 17.8.89)

Im Handel mit Westeuropa exportierte Taiwan im ersten Halbjahr 1989 Waren im Wert von 5,35 Mrd. US\$ und importierte Waren im Wert von 4,11 Mrd. US\$. Im Handel mit den osteuropäischen Ländern ist der Export Taiwans in den ersten fünf Monaten gegenüber dem vorjährigen Ver-

gleichszeitraum um 98% auf 197 Mio. US\$ und der Import um 50% auf 46 Mio. US\$ gestiegen. (FCJ, 3.8.89)

Gegenüber den USA ist Taiwans Handelsüberschuß in den ersten sieben Monaten d.J. beim Jahresvergleich um 32% von 5,21 Mrd. US\$ auf 6,89 Mrd. US\$ gestiegen. Bis Jahresende soll er nach Meinung von Experten 12 Mrd. US\$ erreichen. (FCJ, 24. u. 28.8.89) Die drastische Steigerung trotz der Absicht der Regierung, den Überschuß gegenüber den USA jährlich um 10% abzubauen, ist hauptsächlich auf die Einstellung der intensiven Goldeinfuhren der Zentralbank aus den USA zurückzuführen. Die USA hatten bei der Regierung in Taipei protestiert, daß mit diesem Manöver der Handelsüberschuß nur scheinbar abgebaut worden sei. Die Regierung hat, offenbar um die privaten Goldeinfuhren zu fördern, den Importzoll auf das gelbe Edelmetall ab 9. August aufgehoben. (LHB, 10.8.89)

Investitionen

Nach einer Untersuchung des Amtes für Statistik und Budget ist die Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmen in der Verarbeitungsindustrie gesunken. Für 1990 wird ein Gesamtinvestitionsvolumen von 75,2 Mrd. NT\$ erwartet, 17,46% niedriger als im laufenden Jahr. In diesem Jahr haben die Investitionen der privaten Unternehmen dieser Branche ein Wachstum von 16% zu verzeichnen. Obendrein sind die Investitionen der Unternehmen im Ausland nach den Statistiken des Wirtschaftsministeriums in den ersten acht Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 150 Mio. US\$ auf 430 Mio. US\$ gestiegen. (ZYRB, 25.8.89) Indonesischen Angaben zufolge hat Taiwan 1967-1989 in Indonesien mit 46 Projekten insgesamt 1,91 Mrd. US\$ investiert. (FCJ, 28.8.89)

Im ersten Halbjahr hat das Wirtschaftsministerium Investitionen von Ausländern und Auslandschinesen in Höhe von 1,13 Mrd. US\$ genehmigt, 134,8% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. (FCJ, 3.8.89)

Auslandsschulden und Devisenreserven

Ende Juni betragen die Auslandsschulden nur noch 1,45 Mrd. US\$, nach 1,65 Mrd. US\$ vor einem Jahr und 1,53 Mrd. US\$ Ende 1988. An den öf-